

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereramt

**Haushaltsjahr 2006
Bericht über den Verlauf der
Haushaltswirtschaft zum 30.09.2006,
Aufhebung der Haushaltssperre**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 13. November 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	25.10.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	08.11.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderats:

Auf Basis des Berichts über den Verlauf des Haushaltsjahres 2006 wird die vom Gemeinderat zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben aufgehoben.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.10.2006

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 08.11.2006

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über den Verlauf der Haushaltswirtschaft sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei allen ihren Entscheidungen die aktuelle finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist. Die Kenntnis über die aktuelle finanzielle Lage der Stadt verhilft dazu, bei allen Entscheidungen die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidungen auch im Hinblick auf eine dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt zu bewerten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

Begründung:

1. Ausgangssituation

Am 17.03.2005 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2005 / 2006 beschlossen. Im Haushaltsjahr 2006 hat der **Verwaltungshaushalt** ein Volumen von rund 415 Mio. € und der **Vermögenshaushalt** von rund 68 Mio. €.

Am 15.12.2005 haben wir den Gemeinderat im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Fortschreibung und Aktualisierung des Finanzplans (Drucksache: 0165/2005/IV) darüber informiert, dass sich nach Veröffentlichung des Haushaltserlasses für 2006 durch das Land unsere Annahmen für das Haushaltsjahr 2006 **weitestgehend bestätigt** haben. Lediglich bei drei Positionen sind größere Veränderungen zu erwarten: einerseits sind **Mindereinnahmen** bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer angekündigt worden, die aber andererseits durch **Mehreinnahmen** bei den Schlüsselzuweisungen ausgeglichen werden können. Im Ergebnis führt dies für uns dazu, dass wir im Dezember 2005 für das Jahr 2006 davon ausgehen konnten, dass die **Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt** bei rund 8,9 Mio. € (planmäßig: 8,8 Mio. €) liegen wird. Die Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplans für 2006 war daher Stand Dezember 2005 nicht erforderlich.

Wie bereits die Haushalte der Vorjahre enthält auch der Haushaltsplan 2006 eine **Haushaltssperre** zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich unerwarteter Haushaltsbelastungen. Die Haushaltssperre beträgt 1,0 Mio. € und betrifft sowohl den Bereich der Personal- als auch der Sachausgaben.

2. Bisherige Prognosen (Stand 15.04.2006 und Stand 30.06.2006)

Zum Stand **15.04.2006** haben wir eine erste Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2006 erstellt. Zu diesem Zeitpunkt verlief **die Haushaltswirtschaft in der Summe weitgehend planmäßig**.

Zum **30.06.2006** haben wir erneut eine Prognose erstellt. Dabei haben sich unsere Einschätzungen vom April **in der Summe bestätigt, wonach sich Verbesserungen und Verschlechterungen die Waage halten**. Verschlechterungen gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan waren insbesondere bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen, die – entgegen dem Bundestrend – noch unter dem Vorjahresergebnis lag. Positiv hingegen entwickelte sich die Situation beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, bei den Schlüsselzuweisungen und bei den Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe. Daher sind wir davon ausgegangen, dass die Verbesserungen die Verschlechterungen kompensieren und wir **die planmäßige Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt erreichen können**.

3. Aktuelle Prognose (Stand 30.09.2006)

Gegenüber der letzten Prognose haben sich insbesondere in den Bereichen Gewerbesteuer, Schlüsselzuweisungen und soziale Leistungen **deutliche Veränderungen** ergeben, die in diesem Umfang nicht erwartet werden konnten. Die Entwicklung der **Gewerbesteuer** ist in diesem Jahr von einem Wechsel von Zu- und Abgängen geprägt, wobei zwischenzeitlich die Entwicklung sogar deutlich schlechter war als im Vorjahr. Erst in den letzten Wochen hat sich die Situation durchgreifend verbessert. Inzwischen rechnen wir damit, dass wir den Ansatz von 49,2 Mio. € erreichen. So konnten wir den bisherigen Prognosewert um 6,2 Mio. € nach oben korrigieren. Dadurch, dass die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer bei uns so spät in 2006 einsetzt, ist ein Teil der an das Land abzuführenden **Gewerbesteuerumlage** erst in 2007 zu zahlen. Dies bedeutet für uns zwar eine finanzielle Verbesserung in 2006 in Höhe von über 1,5 Mio. €, führt jedoch in 2007 zu einer entsprechenden Mehrbelastung.

Besonders erfreulich ist die Prognose bei den **Schlüsselzuweisungen**: Dank der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen des Landes steht im Kommunalen Finanzausgleich eine größere Finanzmasse zur Verteilung zur Verfügung als zunächst angenommen. Als Reaktion hierauf hat das Land im Rahmen der 3. Teilzahlung den Grundkopfbetrag von bisher 729 € auf 742 € erhöht. Wir rechnen hier gegenüber der letzten Prognose mit weiteren Mehreinnahmen von rund 2,5 Mio. €. Gleichzeitig beabsichtigt das Land zur eigenen Haushaltskonsolidierung ab 2007 dem Kommunalen Finanzausgleich jährlich einen Betrag von 350 bis 450 Mio. € zu entziehen. Dies bedeutet für die Stadt Heidelberg – je nach Umsetzung durch das Land – eine finanzielle Belastung zwischen 3 und 8 Mio. €. Hierüber verhandeln zurzeit das Land und die Kommunalen Spitzenverbände.

Im Bereich „**Soziales**“ resultieren die aktuell eingetretenen Verbesserungen insbesondere aus der Auflösung des Landeswohlfahrtsverbands. Zum einen erhalten wir höhere Leistungen aus dem Status-quo-Ausgleich für die übernommenen Eingliederungshilfen, während gleichzeitig der zu zahlende Umlagebetrag an den Kommunalverband für Jugend und Soziales sinkt. Gegenüber der letzten Prognose gehen wir hier insgesamt von weiteren Verbesserungen von rund 1 Mio. € aus. Weitestgehend stabilisiert haben sich die Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld, so dass es hier zu keinen weiteren größeren negativen Überraschungen gekommen ist. Für 2007 rechnen wir mit dem jetzigen Niveau. Fraglich ist allerdings, ob sich der Bund auch weiterhin mit 29,1 % an den Kosten beteiligen wird.

Neben weiteren Verbesserungen und Verschlechterungen gehen wir insgesamt von einer Verbesserung der Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von rund 11 Mio. € gegenüber der letzten Prognose aus. Dabei haben wir bereits die im 3. Quartal durch den Gemeinderat bereitgestellten überplanmäßigen Mittel für den Heidelberger Frühling und die Bahnstadt berücksichtigt.

4. Auswirkungen der Umstellung auf den doppischen Rechnungsstil auf das Jahresergebnis 2006

4.1 Wegfall des abweichenden Wirtschaftsjahres beim Theater und Philharmonischen Orchester

Am 06.07.2006 hat der Gemeinderat den Wirtschaftsplan des Theaters und Philharmonischen Orchesters für die Spielzeit 2006 / 2007 beschlossen. Bereits in dieser Vorlage haben wir darauf hingewiesen, dass das neue kommunale Haushaltsrecht (Doppik), das ab 01.01.2007 bei der Stadt Heidelberg Anwendung findet, ein abweichendes Wirtschaftsjahr nicht mehr vorsieht. Das bedeutet, dass der Mittelbedarf in Höhe von rund 4,1 Mio. € für die ersten 4 Monate der Spielzeit 2006/2007 (September – Dezember 2006) im Kalenderjahr 2006 überplanmäßig bereitzustellen ist. Einen entsprechenden Beschluss hat der Gemeinderat inzwischen am 12.10.2006 gefasst.

Durch die Bereitstellung der überplanmäßigen Mittel in Höhe von 4,1 Mio. € verschlechtert sich das unter Ziffer 3 prognostizierte Jahresergebnis 2006 um diesen Betrag.

4.2 Keine Buchung von Jahresüberträgen beim Umstieg auf den doppischen Rechnungsstil

Mit dem Umstieg vom kameralen auf das doppische Rechnungswesen ist es in 2006 nicht möglich, Einsparungen der Fachämter in Form von Budgetüberträgen nach 2007 zu übertragen. Dies führt zu einer einmaligen Verbesserung der Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechnen wir damit, dass sich der Saldo der voraussichtlichen Jahresüberträge 2006 in einer ähnlichen Größenordnung bewegen wird wie 2005 (rund 8,3 Mio. €).

Um die Fachämter für diesen rein technisch bedingten Vorgang nicht zu „bestrafen“ und weiterhin ein wirtschaftliches Verhalten zu belohnen, haben wir uns entschieden, einen (Groß)Teil dieser von den Ämtern ersparten Mittel in den Jahren 2007 und 2008 **zusätzlich** zu veranschlagen und so das Ausgabenbudget für die Fachbereiche zu erhöhen.

Mit dem ersten doppischen Rechnungsabschluss in 2007 wird es dann wieder möglich sein, Budgetüberträge – wenn auch in anderer Form – zu bilden.

Durch diesen rein technisch bedingten Vorgang verbessert sich das unter Ziffer 3 prognostizierte Jahresergebnis um ca. 8,3 Mio. €

Die beiden unter Ziffer 4.1 und 4.2 dargestellten Vorgänge erhöhen somit die Zuführung um insgesamt 4,2 Mio. €

Wir schlagen daher vor, die vom Gemeinderat zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben aufzuheben.

Bereits Anfang Oktober haben wir die interne Freigabe der Sachausgabeansätze von 80 % auf 95 % erhöht. Die Ansätze für Zuweisungen und Zuschüsse sind zu 100 % zur Bewirtschaftung freigegeben.

gez.

Beate Weber